Schulexperten lehnen gefordertes Kopftuchverbot für Mädchen ab

12. April 2018

Bonn (KNA) In der Debatte um ein Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren haben sich am Mittwoch Schulexperten gegen den Vorstoß in Nordrhein-Westfalen gewandt.

Die NRW-Integrationsstaatssekretärin Serap Güler (CDU) plädierte dagegen erneut für ein Verbot.

Die Landesvorsitzende des Grundschulverbands, Christiane Mika, sagte der „Rheinischen Post“ (Mittwoch): „Diese Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt scheint wenig sensibel und hilfreich.“ Ihr Verband sehe keinerlei Handlungsbedarf. Mika, die selbst Leiterin einer Grundschule in Dortmund ist, fügte hinzu, an ihrer Schule seien von 345 Schülern 280 Muslime; sechs Mädchen trügen Kopftuch.

Skeptisch äußerten sich in der Zeitung auch die Gesamtschulleiter. „Auch wenn die Anzahl der Kinder mit Kopftuch an den Gesamtschulen zugenommen hat, ist das derzeit kein relevantes Phänomen“, sagte Mario Vallana, Landessprecher der Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen: „Grundsätzlich halten wir nicht viel von pauschalen Verboten. Ziel der Gesamtschulen ist es, möglichst viele Kinder zu integrieren. Ein Verbot dürfte da mehr Probleme provozieren als lösen.“

Im Gegensatz dazu bewerteten zu Beginn der Woche in der „Bild“-Zeitung der Chef des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, und die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Susanne Lin-Klitzing, den Vorstoß als eher positiv.

Der Direktor des größten islamtheologischen Instituts in Deutschland an der Universität Osnabrück, Bülent Ucar, hält indes ein Verbot für nicht „zielführend“. „Letztlich verfestigt man Parallelgesellschaften, weil die Kinder in der Schule möglicherweise anders auftreten als privat in den Familien“, sagte er der „Welt“.

Dennoch müsse „der Staat natürlich eingreifen und das Kindeswohl in den Mittelpunkt seines Handelns stellen“, wenn Mädchen gegen ihren Willen zum Kopftuchtragen verpflichtet würden. „Ich sehe die Lehrkräfte in der Verantwortung, die Kinder und Jugendlichen aufmerksam zu beobachten. Dort, wo es bedenkliche Entwicklungen gibt, muss man mit den Eltern reden – bestenfalls auch in Zusammenarbeit mit den Moscheevereinen.“ Dier Schule dürfe auch vor „Zwangsmaßnahmen“ nicht zurückschrecken.

Unterdessen unterstrich die Integrationsstaatssekretärin von NRW, Serap Güler (CDU), erneut die Forderung nach einem Verbot. „Uns geht es bei der Debatte allein um das Kindeswohl“, sagte die Muslima der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Das Kopftuch solle die Reize einer Frau vor Männern verbergen; wenn dies bei Mädchen im Grundschulalter geschehe, würden sie dadurch „sexualisiert“.

Güler widersprach der Behauptung, dass bei einem Verbot auch ein christliches Kreuz an einer Halskette in Frage gestellt werden müsste. Außerdem bezeichnete sie den Vergleich zwischen einem Kopftuch und einem Kreuz als falsch. Wenn ein christliches Kind eine Kette mit Kreuz trage, könne es diese später abnehmen, ohne sich hierfür groß rechtfertigen zu müssen. Bei vielen muslimischen Mädchen sei das mit einem Kopftuch aber nicht so einfach. Das soziale Umfeld erzeuge häufig einen so starken Druck, dass es nicht ohne große Spannungen möglich sei, sich später gegen das Kopftuch zu entscheiden.

(KNA – skoll-89-00098)

Stand: 23. November 2026